

## SP fordert Coronasteuer für Firmen mit hohem Gewinn

Handelskammer, SVP und FDP kritisieren den Vorstoss von Lelia Hunziker und Silvia Dell'Aquila vehement.

Unternehmen mit mehr als 250 000 Franken Gewinn sollen ab 2022 drei Prozent mehr Steuern zahlen. Zumindest für fünf Jahre. Das fordern die SP-Grossrätinnen Lelia Hunziker und Silvia Dell'Aquila in einem Vorstoss. Mit dem Ertrag sollen die zusätzlichen Ausgaben gedeckt werden, die durch die Coronakrise entstehen. «Der Kanton rechnet mit Ausfällen von etwa 120 Millionen Franken pro Jahr», sagt Lelia Hunziker. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben. Daher brauche es konkrete Massnahmen. Mit der geforderten Steuererhöhung würden Firmen verschont, die keinen Gewinn erzielen, andererseits bringe sie für gewinnstarke Unternehmen eine zeitlich begrenzte Belastung. Hunziker argumentiert: «Das ist die Solidarität, die uns jetzt als Gesellschaft weiterbringt.»

Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, schüttelt über die Forderung nur den Kopf. «Die Unternehmen, die in der Pandemie zur Versorgungssicherheit beigetragen und teilweise gar neue Arbeitsplätze geschaffen haben, sollen jetzt bestraft werden.» Die Steuerbelastung sei ein zentraler Faktor der Standortqualität des Aargaus, der im interkantonalen Vergleich bei Gewinnsteuern auf den hintersten Plätzen zu finden sei.

Dass der Aargau an Attraktivität verliert, befürchtet auch SVP-Grossrat Christoph Hagenbuch: «Das wäre ein Knieschuss für die Standortförderung.» Für die betroffenen Unternehmen rücke die Verlegung des Firmensitzes in den Fokus. Zudem sei der SP-Vorstoss systematisch falsch, da er nur auf die Gewinnsumme abziele. «Es fehlt die Relation zu den Beschäftigungszahlen», sagt Hagenbuch. Um die finanziellen Folgen in der Coronakrise aufzufangen, wäre es eher angebracht, die Staatsausgaben zu reduzieren.

«Hyperventiliertes Sparen ist kopflos und unstrategisch», entgegnet Hunziker. Das Virus müsse aktuell für viel Sparerei herhalten. Es sei offenbar das liberale Ziel, dem Staat laufend Mittel zu entziehen. «Was wir jetzt brauchen, ist ein starker Staat und ein guter Service public.» Lukas Pfisterer, Präsident der FDP Aargau, hält das für den typisch linken Weg in der Coronakrise: «Statt Unternehmen durch finanzielle Entlastung zu helfen, würgt die SP den Leistungswillen ab.» Er gehe aber davon aus, dass der Vorstoss im Grossen Rat keine Chance hat. «Das wissen auch die Motionärinnen», sagt Pfisterer und ergänzt: «Sie erreichen bestenfalls mediale Aufmerksamkeit, mehr nicht.» (phh)